

Übersichten

Mai 2001

Außenpolitik

1 Nachspiel zur Flugzeugkollision – gegenseitige Nadelstiche

Der Monat Mai begann in Washington mit einem Paukenschlag in Richtung China. Das Pentagon hatte am 2. Mai die Aussetzung der militärischen Kontakte zwischen den USA und der VR China bekannt gegeben. Zwar wurde diese Meldung später als voreilig und auf einem internen Missverständnis beruhend widerrufen, das Signal war jedoch deutlich und unterstreicht eine Neubestimmung des Verhältnisses zu China seitens der US-Regierung.

Die militärischen Kontakte zwischen beiden Ländern, die in der Folge der Flugzeugkollision Anfang April über dem Südchinesischen Meer auf Eis gelegt worden waren, wurden von der US-Regierung nunmehr herabgestuft. Im Einzelnen bedeutet dies, dass es seitens der USA zukünftig keine bisher übliche für ein ganzes Jahr geltende Terminplanung für gegenseitige Besuche von Kriegsschiffen sowie Treffen zwischen militärischen Amtsträgern hohen und mittleren Rangs geben

wird. Vielmehr soll nun in jedem Einzelfall geprüft und nach Interessenlage entschieden werden.

Bereits seit längerer Zeit herrscht in den Vereinigten Staaten Unzufriedenheit über das deutliche Ungleichgewicht im Geben und Nehmen im Rahmen der militärischen Kontakte zwischen beiden Ländern. Man ist hier der Ansicht, China profitiere deutlich mehr von den Kontakten mit den USA, während es sich seinerseits kaum in die Karten sehen lässt. Insgesamt werden diese Kontakte jedoch aus sicherheitspolitischen Gründen dennoch als wertvoll erachtet, da in diesem Rahmen gewonnene Informationen über die Verteidigungsdoktrin Chinas die Grundlage für eine größere Berechenbarkeit der Politik legen.

Die bilateralen militärischen Kontakte zwischen China und den USA waren 1979 auf Initiative der Vereinigten Staaten aufgenommen worden. Zum damaligen Zeitpunkt in der Situation des Kalten Krieges lag ein verstärkter Austausch mit der VR China in dem durch den Antagonismus zur UdSSR begründeten strategischen Interesse der USA. China, das sich ebenfalls von seinem großen Nachbarn bedroht fühlte, erhielt u.a. amerikanische Unterstützung bei der Modernisierung seines Kampfflotes des Typs F8 (ein Flugzeug dieses Typs war an der Flugzeugkollision der US-Aufklärungsmaschine Anfang April beteiligt) und lieferte im Gegenzug u.a. militärische Informationen über die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979.

Während der letzten zehn Jahre war der kurzfristige Nutzen dieser institutionalisierten Kontakte nach dem Ende des Kalten Krieges aus Sicht der USA deutlich geringer ausgefallen. Ein Abbruch dieser Beziehungen stand jedoch bisher nie zur Diskussion. Die chinesische Seite hatte jedoch ihrerseits die Kontakte nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad ausgesetzt und erst wieder aufgenommen, nachdem Einverständnis über die Entschädigung seitens der USA hergestellt worden war.

Der Termin für die Bekanntgabe der amerikanischen Entscheidung für eine Aussetzung bzw. Herabstufung der militärischen Kontakte seitens der Vereinigten Staaten wird in Zu-

sammenhang mit den Verhandlungen über die Rückgabe des auf Hainan notgelandeten US-Aufklärungsflugzeugs kommentiert. Vom 2. bis zum 4. Mai inspizierten amerikanische Fachleute die Maschine auf dem Militärflughafen Lingshui auf Hainan. In offiziellen Stellungnahmen seitens der USA hieß es anschließend, die Flugzeugbesatzung habe zwischen Kollision und Notlandung den größten Teil der sicherheitsrelevanten Informationen und der Überwachungsausrüstung zerstören können. Dennoch sei davon auszugehen, dass die Untersuchung der Maschine dem chinesischen Militär wichtige Erkenntnisse beschert habe.

Die amerikanischen Fachleute kamen nach der Untersuchung des Flugzeugs zu dem Ergebnis, die Maschine könnte durch Reparatur wieder flugfähig gemacht werden und das chinesische Territorium aus eigener Kraft wieder verlassen. Dieses Ansinnen erfuhr jedoch von chinesischer Seite schroffe Ablehnung. Angesichts der Tatsache, dass die USA China trotz weitergeführter Verhandlungen über die Rückführung des Flugzeugs die Wiederaufnahme der Aufklärungsflüge entlang der chinesischen Küste angekündigt hatte und diese seit dem 7. Mai auch wieder stattfinden, war die chinesische Ablehnung eigentlich zu erwarten gewesen.

Zur Begründung der Haltung der chinesischen Regierung in dieser Sache führte der Stellvertretende Außenminister Li Zhaoxing die chinesische öffentliche Meinung ins Feld. Sollte man der Spionagemaschine, deren Aufgabe das Ausspionieren Chinas gewesen sei, erlauben, von einem chinesischen Militärflughafen aus zum Rückflug zu starten, würde dies eine weitere Verletzung der Würde und der Gefühle des chinesischen Volkes bedeuten. Das amerikanische Flugzeug könne China allenfalls zerlegt auf dem Seeweg verlassen, hieß es zunächst.

Erst Ende Mai konnte in den bilateralen Gesprächen zur Beilegung der aus der Flugzeugkollision erwachsenen Probleme ein Kompromiss erzielt werden. Demnach wird China den USA erlauben, das beschädigte Aufklärungsflugzeug teilzerlegt mit einer Frachtmaschine auszufliegen, nachdem auch diese Möglichkeit zunächst ausgeschlossen worden war.

Kommentatoren sahen die anfängliche Weigerung der chinesischen Seite, die EP-3E auf dem Luftwege abtransportieren zu lassen, als Reaktion auf die Herabstufung der bilateralen Militärkontakte und die Wiederaufnahme amerikanischer Aufklärungsflüge. Eine Rückführung auf dem Seewege hätte eine teure vollständige Zerlegung des Flugzeugs erfordert und wäre im Ergebnis wohl einer Verschrottung der Maschine gleichgekommen.

Offiziell äußerte man in den USA jedoch Verständnis für die zunächst zögerliche Haltung Chinas und sah diese im Zusammenhang mit chinesischen Befürchtungen, die Landebahnen des Militärstützpunktes Lingshui könnten unter der Last des zum Transport der US-Maschine einzusetzenden Transport-Jumbos Antonow-124 sowjetischer Bauart Schaden nehmen. Über die letztlich erteilte Zustimmung der chinesischen Seite zu einer Bergung auf dem Luftwege äußerte sich US-Admiral Quigley Ende Mai insgesamt zufrieden. Man könne sich glücklich schätzen, das 80 Mio. US\$ teure Flugzeug nun in einem Zustand zurückzuerhalten, der eine Reparatur und Weiterverwendung ermöglichen werde.

Das beschädigte amerikanische Flugzeug soll nunmehr zerlegt in Rumpf, Tragflächen und Heck mit einer Antonow-Maschine nach Okinawa abtransportiert und dann zur Reparatur und Remontage weiter in die USA verfrachtet werden. Bislang unklar ist allerdings, wie viele Flüge notwendig werden. Experten sind noch damit beschäftigt, die Tragfähigkeit der Start- und Landebahnen des Militärflughafens von Lingshui auf der Insel Hainan zu prüfen, weil diese nicht für den Einsatz schwerster Transport-Jumbos ausgelegt ist.

Nachdem eine Reparatur vor Ort und anschließendes Ausfliegen der EP-3E von China abgelehnt worden war, planten die USA den Abtransport zunächst mit eigenen Transportflugzeugen des Typs C-5 durchzuführen. Aber auch dies lehnte die chinesische Seite ab – ein weiterer Nadelstich gegen die USA, die nunmehr gezwungen sein werden, die Antonow-Maschinen in Russland oder in der Ukraine anzumieten. Obwohl bisher nicht bekannt wurde, wo und zu welchen Kosten ei-

ne solche Maschine angemietet werden soll, wird die Bergung für die USA damit deutlich kostspieliger werden als beim Einsatz eigenen Geräts. Mit der Durchführung ist aufgrund einer Auflage Chinas, das eine militärische Bergung ebenfalls ablehnte, von US-Seite als Privatunternehmen die Firma Lockheed-Martin betraut worden. (AFP, 3.5.01, nach FBIS, 3.5.01; IHT, 4.5., 25.5.01; FAZ, 4.5.01; NZZ, 8.5., 9.5.01; Xinhua, 5.5.01, nach BBC PF, 5.5.01; WSJ, 6.5., 8.5., 29.5.01; Kyodo News Service, 7.5.01, nach BBC PF, 7.5.01; *Sing Tao Jih Pao*, 6.5.01, nach FBIS, 7.5.01; ZXS, 8.5.01, nach BBC PF, 8.5.01; Xinhua, 28.5.01, nach BBC PF, 28.5.01; SCMP, 30.5., 9.6.01) -kg-

2 Nachspiel zur Flugzeugkollision – Volkskrieg im Cyberspace

Eine neue Form der Volksdiplomatie oder des Volkskrieges war Anfang Mai im Internet zu beobachten. In der Folge der Flugzeugkollision des amerikanischen Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Abfangjäger über dem Südchinesischen Meer am 1. April 2001 stieg die Zahl chinesischer Websites, die den Angriffen aufgebracht amerikanischer Hacker zum Opfer fielen, rapide an. US-Hacker hinterließen spöttische Cyber-Graffiti, anti-chinesische und rassistische Parolen. Daraufhin wurde in den Chat Rooms des chinesischen Internet am 30. April zur Gegenoffensive gegen den „US-Imperialismus“ aufgerufen. Das Ziel der chinesischen Hacker, die sich durch die USA in ihrer nationalen Würde gekränkt sehen, war es, Vergeltung zu üben für die nach chinesischer Lesart von den USA verschuldete Luftkollision und den Tod des als Helden gefeierten Piloten des dabei abgestürzten chinesischen Kampfflugzeuges, Wang Wei, und nicht zuletzt auch die seit Anfang April in großer Zahl vorgetragenen Attacken von US-Hackern auf chinesische Internetseiten. Ein ähnlicher Aufruf und nachfolgende chinesische Hackerattacken auf US-Websites hatte es erstmalig in Reaktion auf die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad gegeben.

Unter der Wortführerschaft eines „Lion“ genannten chinesischen Hackers und gleichzeitigen Vorsitzen-

den der in China offiziell registrierten so genannten *Honker Union of China* (*Zhongguo hongke wangluo anquan jishu lianmeng*; kurz: *hong lian*) wurde der chinesische Angriff auf Websites in den USA vom 1. bis 7. Mai organisiert. Der Name der genannten Hackervereinigung geht auf ein Wortspiel zurück. Das chinesische Wort für Computerhacker lautet *heike* (wörtl. *Schwarzer Gast*). *Hongke* bedeutet nun Roter Gast, womit die patriotische Gesinnung zum Ausdruck gebracht werden soll.

Nach Angaben aus Hackerkreisen wurde der Zeitraum für den Angriff im Cyberspace gewählt, weil er symbolträchtige Termine abdeckte. Beginnend am Tag der Arbeit sollten sich die Attacken über den Tag der Jugend am 4. Mai, der gleichzeitig als Gedenktag der patriotischen Vierte Mai Bewegung von 1919 gilt, bis zum Jahrestag der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch Nato-Flugzeuge am 7. Mai erstrecken. Ein weiterer Grund für die Auswahl dieser Woche dürfte in der Tatsache zu suchen sein, dass es sich um eine in ganz China arbeitsfreie Woche handelte.

Organisiert wurde die konzertierte Aktion der chinesischen Hacker im Chat Room der Website der Honker Union (www.cnhonker.com). Nach anfänglichen Organisationsschwierigkeiten schlossen sich Hacker nach Heimatprovinz zusammen und koordinierten ihre Angriffe auf mehr als 1.000 US-Websites von Regierungsinstitutionen und kommerziellen Einrichtungen. Den Höhepunkt erreichte die Aktion am 4. Mai, als der Webserver des Weißen Hauses (www.whitehouse.gov) durch verschiedene Netzattacken für sechs Stunden außer Betrieb gesetzt wurde. Daneben waren auch so verschiedene Websites wie die des California Energy Department, der US-Japan Foundation for Social and Cultural Exchange, des UPI News Service Network, des FBI, der NASA, des Kongresses sowie der Los Angeles Times, der New York Times und von CNN Ziele chinesischer Internetangriffe.

In erster Linie wurden Webseiten der angegriffenen Server durch Bilder des abgestürzten Piloten Wang Wei oder durch die chinesische Nationalflagge

ersetzt. Auch Parolen nach dem Muster „Kampf dem US-Imperialismus“ wurden an prominenter Stelle platziert. Die Schäden durch chinesische Eingriffe hielten sich – wohl aufgrund von Gegenmaßnahmen der Serverbetreiber nach der Ankündigung seitens der chinesischen Hacker bzw. insgesamt erhöhter Sicherheitsstandards – in engen Grenzen. Gehackte Sites konnten in der Regel bereits kurze Zeit nach den geglückten Angriffen wieder repariert werden.

Schlechter erging es mehreren hundert chinesischen Websites, darunter viele von amtlichen Stellen, die zur gleichen Zeit den Angriffen amerikanischer Hacker zum Opfer fielen. Allein in der Provinz Fujian sollen mehr als 700 Websites Opfer von amerikanischen Angriffen geworden sein. Aufgrund von weit verbreiteten Sicherheitsmängeln kam es hier zu Datenverlusten und längeren Ausfällen. Die meist 16- bis 20-jährigen chinesischen Studenten, die sich als Hacker dem Angriff auf US-Server widmen wollten, mussten vielfach chinesischen Website-Betreibern mit Rat und Tat bei der Wiederherstellung der von Attacken amerikanischer Hacker betroffenen Webangebote zur Seite stehen. Chinesische Experten bescheinigten den amerikanischen Attacken auf chinesische Sites einen hohen Grad an Professionalität, Effizienz und Organisiertheit.

Eine neue Dimension erreichte die Auseinandersetzung im Cyberspace nicht nur dadurch, dass auf beiden Seiten mehrfach gegen Regeln der Hacker-Netiquette verstoßen wurde, wonach eine Modifikation von Daten, nicht jedoch deren Zerstörung zulässig ist. Auch eine Ausweitung des Online-Konflikts auf Unterstützerguppen aus Korea, Taiwan, Japan und sogar Brasilien stellt ein neues Phänomen dar.

Interessanterweise ist weder aus China noch aus den USA bekannt, dass die Strafverfolgungsbehörden den Versuch unternommen hätten, die Hacker ihrer Länder aufgrund der in den Medien gut dokumentierten und in beiden Ländern unter Strafe stehenden Aktivitäten zur Rechenschaft zu ziehen. Auf beiden Seiten herrschte hier offensichtlich stillschweigendes Wohlwollen vor.

Als die Honker Union am 9. Mai die Beendigung der Scharmützel im Cyberspace ankündigte und zu einer „Waffenruhe“ aufrief, geschah dies wohl nicht zuletzt auf Druck offizieller Stellen in China. Bereits zuvor war in einem auf der Website der *Volkszeitung* publizierten Kommentar die Ungesetzlichkeit des Tuns der Hacker sowohl der USA als auch in der VR China betont und die Aktionen trotz aller Sympathie für die Beweggründe der jungen chinesischen Patrioten grundsätzlich verdammt worden. Abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden durch Hackerangriffe waren große Sicherheitsmängel im chinesischen Internet offensichtlich geworden. So sah sich auch die Armeezeitung *Jiefangjun Bao* dazu veranlasst, eine deutliche Erhöhung der Sicherheitsstandards in den militärischen Netzen zu fordern. In weiteren Kommentaren hieß es, China müsse sich durch eigene Entwicklungen auf diesem Gebiet von der Abhängigkeit von US-amerikanischer Software frei machen. Die Dominanz der Computerprogramme aus den USA führe zu einer beunruhigenden Verwundbarkeit der chinesischen Computersysteme im Konfliktfall. (WSJ, 1.5.01; SCMP, 1.5., 2.5., 16.5.01; HB, 2.5.01; XNA, 4.5.01; *Wen Wei Po*, 4.5.01, nach FBIS, 8.5.01; *Jiefangjun Bao*, 2.5.01, nach FBIS, 2.5.01; *Ming Pao* online, 5.5.01, nach FBIS, 7.5.01; *Ta Kung Pao*, 7.5.01, nach BBC PF, 7.5.01; RMRB online, 5.5.01, nach FBIS, 8.5.01; IHT, 11.5.01; FAZ, 11.5.01) -kg-

3 Gegner USA: Lippenbekenntnisse zu NMD und anti-chinesische Planspiele

Fast schien es am 1. Mai, als wollte US-Präsident Bush eine qualitative Wende auf dem Weg hin zu einer Nationalen Raketenabwehr NMD einleiten, als er in einer Rede an der National Defense University in Washington weltweite Konsultationen über NMD ankündigte. (Siehe auch das aktuelle Thema in diesem Heft.) Konnte jedoch schon diese Ankündigung des „Kleinen Bush“ (*xiao Bushi*), wie der derzeitige US-Präsident in den chinesischen Medien meist genannt wird, kaum überzeugen, störte aus chinesischer Sicht besonders, dass im Zentrum von Bushs Ausführungen fast ausschließ-

lich Europa einschließlich Russlands stand. China wurde nur am Rande erwähnt.

Auch in die Runde der Telefonate, die Bush Anfang Mai in dieser Sache sowohl mit den Regierungschefs der europäischen Verbündeten der USA, mit dem Nato-Generalsekretär und nicht zuletzt mit dem russischen Präsidenten Putin führte, war die chinesische Regierung nicht einbezogen. Stattdessen sah man in Washington für China dieselbe Behandlung wie für dutzende weitere Staaten vor – den Besuch einer Delegation, die die Regierungen über die Pläne der USA aufklären sollte.

In seiner Rede hatte Bush eine einseitige Verringerung des nuklearen Arsenal der USA angekündigt, gleichzeitig jedoch auch den ABM-Vertrag erneuert als überholt und der gegenwärtigen Weltlage nach Ende des Kalten Krieges nicht angemessen bezeichnet. Der Vertrag ignoriere nach Bushs Worten technologische Durchbrüche und verhindere, dass die USA entsprechende Optionen erforschten. Bezüglich NMD blieb Bush im Vagen und schloss definitiv keine technische Möglichkeit aus. Somit wiederholte er letztlich nur den bereits bekannten Standpunkt der US-Regierung und hatte ansonsten nur Konsultationen, nicht aber Verhandlungen zu NMD, anzubieten.

Entsprechend stereotyp fiel auch die offizielle chinesische Reaktion auf die Rede Bushs aus. Eine Aufkündigung des ABM-Vertrags sei nicht hinzunehmen, da sie die militärische Stabilität beeinträchtige und im Verein mit den NMD-Plänen ein neues Wettrennen einläuten würde. Auch China werde letztlich nicht tatenlos zusehen, wenn seine nationalen Interessen beeinträchtigt würden.

Zu einer ersten Runde von Konsultationen im Rahmen der globalen diplomatischen NMD-Offensive der US-Regierung besuchte James Kelly als bislang ranghöchster Vertreter der Regierung Bush in China Mitte Mai Beijing. Kelly, im Rang eines Assistant Secretary of State mit der Region Ostasien/Pazifik befasst, führte Gespräche mit dem chinesischen ranghöchsten Vertreter der chinesischen Regierung für Rüstungskontrollfragen, Sha Zhukang, dem stellvertretenden Außenministern Wang Yi und Li Zhao-

xing und mit weiteren Vertretern der chinesischen Regierung. Als Ergebnis der als offen und konstruktiv bezeichneten Gespräche wurde lediglich mitgeteilt, dass beide Seiten die Bereitschaft geäußert hätten, den begonnenen Dialog fortzuführen. An der unterschiedlichen Ablehnung jeglicher NMD-Pläne habe sich auf Seiten der chinesischen Regierung jedoch nichts geändert. Man habe die amerikanische Regierung vielmehr erneut aufgefordert, das Projekt vollständig aufzugeben.

Grundsätzlich dürfte es selbst dem amerikanischen Abgesandten Kelly als unmögliches Unterfangen erschienen sein, die chinesische Seite davon zu überzeugen, dass die NMD-Pläne Washingtons keinesfalls gegen China gerichtet seien. Erst kurz vor Kellys Eintreffen in Beijing hatte der US-Verteidigungsminister Rumsfeld den amerikanischen Massenmedien mitgeteilt, er selbst habe Präsident Bush geraten, dieser möge in der Entwicklung von NMD Entschlossenheit zeigen. Ein wesentlicher Grund dafür sei der Zuwachs an Interkontinentalraketen in den chinesischen Waffenarsenalen. In einem zur selben Zeit veröffentlichten Bericht des Pentagon wird vorgeschlagen, die „militärische Einkreisung und die Eindämmung Chinas im Asien-Pazifik-Raum zu verstärken und China als zukünftigen Gegner zu betrachten“. (ZTS, 18.5.01)

In einer Überprüfung der Militärstrategie der USA kommt das Pentagon im Rahmen der Verlagerung der militärischen Schwerpunktsetzung weg von Europa nach Asien zu dem Ergebnis, die USA sollten verstärkt die Entwicklung neuer Langstreckenwaffen betreiben, um ein Gegengewicht zur militärischen Macht Chinas in der Region zu setzen. Aufgrund der wachsenden chinesischen Kapazitäten von Waffen größerer Zielgenauigkeit und Reichweite wachse die Verwundbarkeit der US-Truppenverbände im Asien-Pazifik-Raum. Zukünftig sollte der Schwerpunkt der amerikanischen Strategie in dieser Weltregion daher von den Militärstützpunkten hin zur Kampfführung mit großer Reichweite verlagert werden. Dazu könnte NMD/TMD ebenso dienen wie Neuentwicklungen auf dem Gebiet von Kampfflugzeugen großer Reichweite oder Langstreckenpräzisionswaffen.

Auch der Teilwiderspruch des Oberkommandierenden der US-Pazifik-Streitkräfte, Admiral Dennis Blair, gegen diesen strategischen Bericht aus dem Pentagon dürfte wenig zur Beruhigung Chinas beitragen. Er vertrat die Ansicht, die potenzielle Bedrohung amerikanischer Militärstützpunkte durch China sei deutlich geringer als vom Pentagon eingeschätzt. Blair und andere US-Offiziere in Asien zeigten sich aber in erster Linie besorgt über einen möglichen Bedeutungsverlust amerikanischer Militärbasen in Asien im Rahmen einer neuen Strategie. Er sprach sich gegen einen Rückzug aus der asiatischen Kernregion aus, da ansonsten die Akzeptanz einer amerikanischen Militärpräsenz in der Region insbesondere in Japan und Südkorea und darüber hinaus insgesamt zu schwinden drohe.

Hinsichtlich einer möglichen wachsenden Bedrohung der amerikanischen Stellung in Asien durch China erklärte Blair, die UdSSR habe während der Zeit des Kalten Krieges in den siebziger Jahren mit wesentlich größerer militärischer Macht vergeblich versucht, die USA aus einer Weltregion zu verdrängen. Die Vereinigten Staaten besäßen gegenwärtig und auch auf absehbare Zeit das Instrumentarium Luftwaffen- und Marinepräsenz in jeder Region der Welt nach Belieben zu behaupten.

Experten in China sehen sich angesichts derartiger Ausführungen und aufgrund des kompromisslosen Festhaltens der USA an den NMD-Plänen in ihrer Einschätzung bestärkt, die US-Politik sei darauf ausgerichtet, den Aufstieg der VR China und die Erholung Russlands über NMD und TMD verhindern zu wollen. Aus ökonomischer Perspektive bedeute dies, dass die Vereinigten Staaten versuchten, China und Russland daran zu hindern, ihre Anstrengungen und Finanzmittel auf den wirtschaftlichen Aufbau zu konzentrieren. (SCMP, 3.5., 15.5.01; RMRB online, 3.5.01, nach FBIS, 4.5.01; XNA, 4.5.01; IHT, 4.5., 15.5., 17.5., 18.5.01; WSJ, 4.5., 16.5.01; AFP, 14.5.01, nach FBIS, 15.5.01; NZZ, 17.5.01; ZTS, 18.5.01, nach BBC PF, 18.5.01) -kg-

4 Chinesische Proteste gegen missliebige Besucher in den USA

Gleich zwei weitere Provokationen erlaubte sich die US-Regierung aus chinesischer Sicht auch in der zweiten Maihälfte. Trotz offizieller Warnungen und Proteste der chinesischen Regierung im Vorfeld wurde einerseits dem taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian ein „Transitvisum“ für die USA erteilt und andererseits der Dalai Lama von Präsident George W. Bush empfangen.

Der taiwanische Präsident Chen landete im Rahmen eines Staatsbesuchs in fünf lateinamerikanischen Ländern auf dem Hinflug in New York zwischen und traf während seines dreitägigen Transitaufenthalts dort u.a. den Bürgermeister der Stadt, Rudolph Giuliani. Ein Präzedenzfall wurde mit einem festlichen Abendessen mit 20 Kongressabgeordneten zu Ehren Chens geschaffen. Nach der Interpretation Beijings stellte dies eine eindeutige Verletzung des von den USA anlässlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit China akzeptierten Verhaltenskodexes dar, wonach Washington offizielle Kontakte mit taiwanischen politischen Führern zu vermeiden habe.

Beijing hatte schon im Vorfeld vor einer Beschädigung der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China im Falle einer Visumserteilung für die Delegation Chen Shui-bians gewarnt und setzte seine Proteste auch während des Aufenthalts Chens auf diplomatischem Wege fort. Sowohl der chinesische Botschafter in den USA als auch Vertreter des chinesischen Außenministeriums in Beijing überreichten ihren amerikanischen Counterparts offizielle Protestnoten der chinesischen Regierung. Darin wurde in gewohnter Rhetorik der Vorwurf eines Eingriffs in die inneren Angelegenheiten Chinas ebenso erhoben wie der über die Verletzung der Ein-China-Politik, zu der sich die USA verpflichtet hätten, und der einer wiederholten eklatanten Verletzung der drei Gemeinsamen Communiqués von 1982.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums reihte den Transitaufenthalt Chens in eine Reihe mit anderen Provokationen seitens den USA

seit Amtsantritt von Präsident Bush und seiner konservativen Regierungsmannschaft ein. Die USA zeigten sich in Haltung und Taten als Hardliner gegenüber China. Sie hätten Handlungen unternommen, die in die inneren Angelegenheiten der VR China eingriffen, die Interessen Chinas schädigten und die bilateralen Beziehungen zunehmend unterminierten.

Insbesondere die Gespräche Chens in New York wurden als über die Visumserteilung hinausgehende Unterstützung Chens angesehen, die China nicht tolerieren könne, da durch die Handlungen und Worte des taiwanischen Präsidenten auf amerikanischem Boden die separatistischen Kräfte in Taiwan gestärkt würden. Die USA hätten damit zusätzliche Hürden für die friedliche Wiedervereinigung Chinas errichtet und das chinesische Volk in einer Weise provoziert, die China niemals hinnehmen werde.

Besonders hart traf die chinesische Regierung die Tatsache, dass Chen Shui-bian zusätzlich zu seinem USA-Stopp auf der Hinreise seines offiziellen Lateinamerikabesuchs auch ein weiterer Transitaufenthalt auf der Rückreise Anfang Juni gestattet wurde. Während sich vor seinem Hotel in Houston ca. 2.200 Unterstützer und etwa 800 Gegner in von der Polizei getrennten Reihen schon lange vor seiner eigentlichen Ankunft in der texanischen Stadt verbale Duelle lieferten, geriet die Ankunft Chens zu einem medienwirksamen Triumphzug. Die geballte Faust im Takt der von seinen Unterstützern gerufenen Parolen schwingend bezog er Quartier.

Auch die von der Greater Houston Supporting One-China Alliance bei seiner Ankunft organisierten Gegendemonstranten konnten nicht verhindern, dass Chen Shui-bian Unterredungen mit texanischen Parlamentsabgeordneten führte und in seinem Hotel mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Houston ausgezeichnet wurde.

Handelte es sich bei den Kurzaufenthalten Chen Shui-bians in den USA zwar um einen privaten Besuch ohne offiziellen Charakter, so erfüllte dieser doch den Bruch eines wichtigen Tabus zwischen Beijing und Washington. Ein weiteres solches Tabu wurde von US-Präsident Bush höchstpersönlich gebrochen. Ausgerechnet an dem

von der chinesischen Regierung zum historischen 50. Jahrestag der Befreiung Tibets hochstilisierten 23. Mai 2001 empfing Bush den Dalai Lama. Nach der Niederlage der tibetischen Armee gegen die Volksbefreiungsarmee war am 23. Mai 1951 in Beijing ein 17 Punkte umfassender Vertrag mit der tibetischen Regierung unterzeichnet worden, der Tibet endgültig zum festen Bestandteil des Neuen China machte und der aus Beijinger Sicht einen Meilenstein der „friedlichen Befreiung“ des tibetischen Volkes darstellt.

Zwar hatte auch schon US-Präsident Clinton trotz chinesischer Proteste den Dalai Lama empfangen. Dies war jedoch in eher unspektakulärer und scheinbar ungeplanter Weise im Rahmen von Besuchen des Dalai Lama bei anderen Institutionen und Persönlichkeiten geschehen. Das Treffen des amerikanischen Präsidenten mit dem Dalai Lama war zwar ebenfalls als privates Treffen Bushs mit „einem Friedensnobelpreisträger und weltbekanntem spirituellen Führer“ deklariert worden. Das Weiße Haus hatte jedoch die amerikanischen Medien im Vorfeld so ausgiebig darüber informiert, dass hinsichtlich der Auswahl des 23. Mai als Termin des Gesprächs von einem Zufall nicht auszugehen ist. Die wütenden Proteste Beijings gegen die Unterredung Bushs mit dem als politischer Exilant und Betreiber der Spaltung Chinas bezeichneten Dalai Lama ließen erwartungsgemäß nicht auf sich warten. (WSJ, 22.5.01; XNA, 23.5., 24.5., 25.5.01; Xinhua, 23.5.01, nach BBC PF, 23.5.01; IHT, 23.5.01; Xinhua, 24.5.01, nach BBC PF, 24.5.01; Xinhua, 25.5.01, nach BBC PF, 25.5.01; SCMP, 4.6.01) -kg-

5 Vorerst kein strategisches Dreieck China-Russland-Indien

Nach einem Vorbereitungsbesuch des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan in Moskau für die im Juli bevorstehende Reise Jiang Zemins nach Russland wurden erneut Spekulationen über ein strategisches Dreieck zwischen Beijing, Moskau und Neu-Delhi laut. Aus China wurden entsprechende Ambitionen allerdings zunächst dementiert.

Tang hatte bereits Ende April in Moskau Gespräche mit dem russischen Präsidenten Putin sowie mit seinem Amtskollegen Iwanow geführt. Dabei wurde zwischen den Außenministern beider Staaten ein Vorbereitungsprotokoll für den Russisch-chinesischen Vertrag über gutnachbarliche Beziehungen, Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet, der im Juli von Jiang Zemin und Putin in Moskau feierlich signiert werden soll. In diesem Zusammenhang hatte Putin Tang gegenüber geäußert, er freue sich auf die erneute Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit Jiang über die Möglichkeiten, die strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern zu vertiefen. Tang begrüßte dies im Namen Jiangs und betonte später vor der Presse, die Stärkung der strategischen Kooperation beider Staaten läge nicht nur im Interesse Chinas und Russlands, sondern sei vielmehr der Wahrung von Frieden und Stabilität in der Welt einschließlich der Asien-Pazifik Region dienlich.

Die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* stellte den Zusammenhang mit dem „Hegemonismus“ der USA her. Demnach sei es sowohl China als auch Russland bewusst geworden, dass Initiativen im Rahmen internationaler Organisationen und Institutionen keineswegs ausreichen, der amerikanischen Machtpolitik und deren militärischen Expansion Paroli zu bieten. Der chinesische Außenminister Tang betonte jedoch in diesem Zusammenhang, der kurz vor der Unterzeichnung stehende Freundschaftsvertrag sei keinesfalls als das Schließen einer Allianz oder ein ideologisch begründeter Schulterchluss zu missdeuten. Es gehe lediglich um bilaterale Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen.

Anfang Mai auf einer Pressekonferenz in diesem Zusammenhang, auf die im Dezember 1998 vom damaligen russischen Außenminister in Indien aufgeworfene Frage der Begründung eines strategischen Dreiecks zwischen Russland, Indien und China angesprochen, betonte Tang Jiaxuan, die Zeit sei nicht reif für die Thematisierung einer strategischen Allianz zwischen den drei Ländern. Es sei zu früh für die Einrichtung eines trilateralen politischen Koordinationsmechanismus, in diese Richtung wolle China jedoch Schritt für Schritt gehen.

Die Verfrühtheit für derartige Spekulationen begründen chinesische Experten damit, dass das Verhältnis zwischen Indien und China bislang noch zu sehr von gegenseitigem Misstrauen bestimmt sei und noch lange nicht die Qualität der Beziehungen zu Russland erreicht habe. Sun Shihai, der stellvertretende Direktor des Instituts für Asien-Pazifik Studien der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, betonte, die Entwicklung der bilateralen Beziehungen hätten Vorrang. Eine trilaterale Partnerschaft zwischen den drei Staaten werde aus chinesischer Sicht jedoch nicht zu einem strategischen Dreieck mit militärischen Bestandteilen werden, das gegen einen dritten Staat, insbesondere die USA, gerichtet sein wird. (Xinhua, 29.4.01, nach BBC PF, 29.4.01; ITAR-TASS, 29.4.01, nach BBC PF, 29.4.01; *Wen Wei Po*, 1.5.01, nach FBIS, 1.5.01; *The Hindu*, 2.5.01, nach FBIS, 2.5.01; PTI News Agency, 3.5.01, nach BBC PF, 3.5.01) -kg-

6 Nepal ist willfährig aber wünscht mehr

Der chinesische Premierminister Zhu Rongji besuchte Mitte Mai Chinas südlichen Nachbarn Nepal. Bereits im Vorfeld des Besuchs war darüber spekuliert worden, ob der Aufstand maoistischer nepalischer Kräfte, der in der Grenzregion zu Tibet während der vergangenen fünf Jahre beinahe 1.700 Menschenleben forderte, ein Thema der Gespräche Zhus mit dem nepalischen Premierminister Girija Prasad Koirala werden könnte. Anlass zu derartigen Vermutungen war eine öffentliche Erklärung des chinesischen Botschafters in Nepal, Zeng Xuyong, der – eine Woche vor dem Beginn des Besuchs Zhu Rongjis – am 8. Mai die wachsende chinesische Besorgnis über den zunehmenden Niedergang der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der betroffenen Region artikuliert hatte. Dies hatte der nepalische Außenminister Bastola aufgegriffen und als ein mögliches Gesprächsthema zwischen Zhu und Koirala benannt.

In Nepal ist man sich sehr bewusst darüber, dass China Unruhen in dem Himalaya-Staat mit großem Argwohn beobachtet, weil es von einer Destabilisierung dort ein Übergreifen auf

Tibet befürchtet. Der frühere nepalische Außenminister Lohini bekundete im Vorfeld des Besuchs Zhu Rongjis, Rücksicht auf ein Minimum chinesischer Sicherheitsinteressen in Nepal liege im eigenen nationalen Interesse Nepals und stärke gleichzeitig die eigene Souveränität und Unabhängigkeit. Nepal müsse daher energisch gegen Gruppen im eigenen Land vorgehen, die Unruhe in Tibet stiften wollten.

Auf der anderen Seite hatte man in Nepal erwartet, Zhu Rongji könnte die Thematik auch ansprechen, um sich im Namen seines Landes klar von den nepalischen Maoisten zu distanzieren und deutlich zu machen, dass China hier in keiner Weise involviert ist. Eine explizite Behandlung einer derartigen Thematik hätte allerdings ein Novum dargestellt und unterblieb denn auch letztlich. Zhu Rongji teilte Reportern nach seinem Gespräch mit dem nepalischen Premier denn auch mit, chinesische Bedenken hinsichtlich der Sicherheit im Zusammenhang mit dem maoistischen Aufstand in Nepal wären nicht Gegenstand der Unterredung gewesen. Dennoch versicherte der nepalische Premierminister seinem chinesischen Gast, seine Regierung werde niemandem erlauben, nepalischen Boden für Aktivitäten zu missbrauchen, die sich gegen China richteten.

Von Versicherungen solcher Art erhofft sich Nepal ein Entgegenkommen der chinesischen Seite in ökonomischen Fragen. China führte bislang u.a. Sicherheitsbedenken gegen die von Nepal gewünschte Öffnung von vier Grenzübergangsstellen zusätzlich zu den vier bereits existierenden ins Feld. Nepal erwartet von einem solchen Schritt die Ausweitung des bilateralen Handels, insbesondere des Exports von nepalischen Gütern nach Tibet. Nepal leidet als eines der zehn ärmsten Länder der Welt unter einem Handelsdefizit mit der VR China in Höhe von 160 Mio. US\$ im letzten Fiskaljahr. Die nepalische Regierung drängte Zhu Rongji daher zu einer Reduzierung der erst kürzlich erhöhten Importzölle für nepalische Güter, die für den tibetischen Markt bestimmt sind, und wünscht darüber hinaus eine präferenzielle Behandlung von Importen aus Nepal nach China. Zhu Rongji regte hingegen lediglich an, nepalische Unternehmen sollten verstärkt solche

Produkte produzieren, die auf Nachfrage auf dem chinesischen Markt treffen.

Von der während Zhus Besuch unterzeichneten Vereinbarung zur Vermeidung von Doppelbesteuerung erhofft sich Nepal darüber hinaus mehr Investitionen chinesischer Unternehmen. Dazu könnten Gespräche zwischen der nepalischen Nepal Rastra Bank und den Zentralbanken Chinas und Nepals über die Möglichkeit der Gründung einer Bank mit chinesischer Beteiligung beitragen, wodurch der Devisen-tausch zwischen beiden Ländern vereinfacht werden soll. Auch dem chinesischen Tourismus in Nepal wäre dies zuträglich, nachdem Nepal von der chinesischen Regierung erst kürzlich als neuntes Land für den Auslandstourismus freigegeben wurde. Zu diesem Zweck wird Nepal ein Konsulat in Shanghai eröffnen; die Royal Nepal Airlines hat den Flugbetrieb zwischen der ostchinesischen Metropole und Kathmandu bereits in ihren Flugplan aufgenommen.

Weiterhin wurden im Rahmen der Reise Zhu Rongjis u.a. eine Regierungsvereinbarung über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit, ein Memorandum über Technologietransfer im Agrarsektor sowie ein Abkommen über die chinesische Finanzierung eines Krankenhauses für Regierungsbeamte, eines Polytechnikums und weiterer Infrastrukturprojekte unterzeichnet. Vorgesehen ist der Bau einer zweiten Straße zwischen Nepal und Tibet.

Die politischen Kreise in Nepal zeigten sich dankbar für die chinesische Unterstützung, aber selbst der Oppositionsführer und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Nepals CPN-UML (Vereinigte Marxistisch-Leninistische KP) drängte den chinesischen Premierminister Zhu Rongji, mehr in Nepal zu investieren. Ganz oben auf der Wunschliste stand dabei die Finanzierung weiterer Straßenbauprojekte wie z.B. der Trassen Kathmandu-Hetauda und Kimathanka-Simikot-Taklakot. Zhu erklärte daraufhin jedoch, China werde weitere Projekte erst nach Vollendung der im Rahmen seines Besuchs vereinbarten prüfen. (Nepalnews.com, 14.5.01, nach BBC PF, 14.5.01; Nepalnews.com, 15.5.01, nach BBC PF,

15.5.01; Nepalnews.com, 17.5.01, nach BBC PF, 17.5.01; *Kathmandu Post* online, 14.5.01, nach BBC PF, 14.5.01; *Kathmandu Post* online, 15.5.01, nach BBC PF, 15.5.01; *Kathmandu Post* online, 16.5.01, nach BBC PF, 16.5.01; *Kathmandu Post* online, 16.5.01, nach BBC PF, 16.5.01; Xinhua, 14.5.01, nach BBC PF, 14.5.01) -kg-

7 50 Jahre diplomatische Beziehungen zu Pakistan

Zur Feier des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Pakistan, besuchte der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji auf Einladung des pakistanischen Präsidenten Mohammad Rafiq Tarar Mitte Mai den südwestlichen Nachbarstaat. Auch Außenminister Tang Jiaxuan und Shi Guangsheng, Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, gehörten zur chinesischen Delegation.

In verschiedenen Reden bezeichnete Zhu Rongji die Beziehungen zwischen China und Pakistan als „Modell zwischenstaatlicher Beziehungen“ und „gutes Beispiel der friedlichen Koexistenz zwischen zwei Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen“. Mit großem Pathos wurde von Zhu die chinesisch-pakistanische Freundschaft gewürdigt. China werde Pakistan immer ein guter Freund und Nachbar sein. Diese traditionelle Freundschaft gelte es insbesondere durch direkte Kontakte und den Dialog zwischen der Führungselite beider Länder zu festigen.

Als Beleg der Freundschaft beider Völker dürften auch die gemeinsame Produktion von chinesischen Kampffjets des Typs F-7 PG für die pakistanische Luftwaffe gelten. Die ersten 20 Flugzeuge dieses Typs sollen im Dezember dieses Jahres ausgeliefert und anschließend einem 18 bis 24 Monate währenden Langzeittest unterzogen werden. Aus Pakistan hieß es in diesem Zusammenhang, China habe termingerecht alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllt.

Radio Pakistan meldete im Zusammenhang mit dem Besuch Zhu Rongjis, zwischen China und Pakistan bestehe vollkommene Einmütigkeit hinsichtlich aller internationaler und regionaler Fragen. Das gelte auch für

das Kashmir-Problem. Von chinesischer Seite war dies jedoch keinesfalls so geäußert worden. Insgesamt bildeten allerdings wirtschaftliche Themen von gemeinsamem Interesse den Schwerpunkt der Gespräche. (Siehe auch entsprechende Übersicht der Rubrik Außenwirtschaft in diesem Heft.) Hier konnte in der Tat weitgehende Übereinstimmung festgestellt werden.

Im politischen Kontext rief Zhu Rongji zur Ausweitung der regionalen Zusammenarbeit ebenso auf wie zu einer Intensivierung der Süd-Süd-Kooperation, in deren Rahmen er auch die Beziehungen zu Pakistan einordnete. In diesem Zusammenhang plädierte der chinesische Ministerpräsident auch für eine Ausweitung der Kontakte zwischen chinesischen und pakistanischen Nichtregierungsorganisationen und anderen Gruppen. Zur Rolle Pakistans und Chinas in der Weltpolitik erklärte Zhu, als Entwicklungsländer laste auf beiden Staaten gemeinsam mit anderen die historische Aufgabe, die Errichtung einer neuen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung zu fördern. (XNA, 12.5.01, 14.5.01; Xinhua, 12.5.01, nach BBC PF, 12.5.01; Radio Pakistan, 12.5.01, nach BBC PF, 12.5.01; Jang, 16.5.01, nach BBC PF, 16.5.01) -kg-

8 Umstrittene Pläne für Gebietsabtretung Kirgistans an China

Außerhalb des Kreises der unmittelbar Beteiligten weitgehend unbemerkt war zwischen China und Kirgistan bereits vor einem Jahr ein Grenzabkommen über den Verlauf der ca. 1.000 km langen gemeinsamen Grenze geschlossen worden. Staatspräsident Jiang Zemin hatte am 5. Juli 2000 das Vertragswerk in Duschanbe unterschrieben. Am 28. April dieses Jahres erfolgte im Ständigen Ausschuss des NVK die Entscheidung über die Ratifizierung des Abkommens gleichzeitig mit einem Parallelabkommen mit Tadschikistan.

Nur gerüchteweise ist bisher öffentlich bekannt geworden, dass Kirgistan im Rahmen des Abkommens offensichtlich ca. 90.000 ha an China abtreten soll. Probleme könnten nun auf die Unterzeichnerstaaten zukommen, da nach Ansicht von Ismail Isakow,

Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Verteidigung und Sicherheit in Kirgistan, die Verfassung allein dem Parlament die Entscheidungsbefugnis über eine Veränderung der Landesgrenzen bzw. die Abtretung von Gebieten zubilligt. Das von der Regierung unterzeichnete Grenzabkommen wäre damit hinfällig.

Isakow kündigte an, man werde parallel zu der nächsten Runde der Grenzverhandlungen zwischen China und Kirgistan Anfang Juni eine parlamentarische Anhörung zu diesem Problem durchführen. Im Übrigen protestierte er im Namen linker Abgeordneter gegen jeden Versuch, das betreffende Gebiet an die VR China abzutreten.

Bei der dafür offensichtlich vorgesehenen Region handele es sich um ein Territorium im Distrikt Issyk-Kul mit dem gleichnamigen See im Norden Kirgistans. Mit der Aufgabe des Gebiets werde nicht nur auf Wasserressourcen verzichtet, die zur Energiegewinnung geeignet seien. Vielmehr verlief die neue Grenze dann in unmittelbarer Nähe zu den größten bekannten Goldvorkommen Kirgistans und zu einer der größten Lagerstätten der ganzen Welt, der Goldmine Kumtor im Tian Shan. (XNA, 29.4.01; Xinhua, 28.4.01, nach BBC PF, 30.4.01; Interfax, 23.5.01, nach BBC PF, 24.5.01) -kg-

9 Mit Thailand im Kampf gegen Drogen

Am 10. Mai erklärten China, Thailand, Myanmar, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Vietnam und die Philippinen auf einer Konferenz in Rangun nach Angaben eines Vertreters des Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen (UNDCP), sie wollten zukünftig strenger gegen die Herstellung von Heroin und synthetischen Drogen vorgehen. In diesem Zusammenhang soll der Gebrauch verbotener Chemikalien härter geahndet werden. Auch eine Verschärfung von gesetzlichen Regelungen und der Kontrolle in diesem Bereich sind im Gespräch.

Das Thema Drogen bot auch einen Anknüpfungspunkt für die Gespräche während des Besuchs von Ministerpräsident Zhu Rongji in Thailand. Zhu begrüßte die Initiative der thailändi-

schen Regierung für ein Gipfeltreffen unter Beteiligung von Thailand, China, Myanmar und Laos zur Drogenproblematik. Zhu bot sich als Gastgeber für das erste derartige Treffen an, wofür ein Zeitpunkt allerdings noch gefunden werden muss. Ab Juni wird die chinesische Botschaft erstmalig durch eine Anti-Drogen-Verbindungsgruppe verstärkt.

Ansonsten standen wirtschaftspolitische Themen im Mittelpunkt des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten vom 19. bis 22. Mai. So sicherte Zhu Rongji die Kooperationsbereitschaft Chinas bei der Entwicklung einer Hochgeschwindigkeits-Bahnverbindung zwischen Thailand und China zu und erklärte, die chinesische Regierung werde zu diesem Zwecke Finanzmittel im Umfang von 4 Mrd. US\$ bereitstellen. Eine Delegation der chinesischen Eisenbahnbehörde führte ebenfalls Mitte Mai bereits erste Gespräche in Thailand. Auch die Planungen und Vorbereitungen für den Bau einer Straßenverbindung zwischen Kunming und Bangkok, womit eine engere Anbindung Chinas an die ASEAN-Staaten realisiert werden soll, seien bereits im Gange.

Über die Planungsphase weit hinaus ist das Projekt der Verbesserung der Schiffbarkeit des Mekong. Hier steht nach Zhu Rongjis Worten die feierliche Eröffnung der Schiffsverbindung zwischen Thailand, Laos, Myanmar und China unmittelbar bevor. Einem in diesem Zusammenhang von dem neuen thailändischen Ministerpräsident Thaksin Shinawatra angelegten gemeinsamen Abkommen über Steuer- und Zollpräferenzen zwischen Nordthailand und der südwestchinesischen Provinz Yunnan stimmte Zhu „im Prinzip“ zu. Noch im März hatte die chinesische Regierung einen solchen Vorstoß Thailands allerdings abgelehnt. (Vgl. C.a., 2001/03, Ü 7) Beide Regionen sind Teil des „Greater Mekong Sub-regional Cooperation Scheme“.

Im Handel zwischen den beiden Staaten kommt China zunehmend die Rolle des Einkäufers von Rohmaterialien und Landwirtschaftsprodukten zu, während Thailand in den Augen des chinesischen Ministerpräsidenten einen aussichtsreichen Markt für elektromechanische Ausrüstungen,

Landwirtschaftsmaschinen und -gerät aus chinesischer Produktion darstellt. Aus Thailand bezieht China in erster Linie Reis, Kautschuk und dergleichen. (NZZ, 11.5.01; XNA, 19.5., 21.5.01; Radio Thailand, 20.5.01, nach BBC PF, 22.5.01; *The Nation* online, 20.5.01, nach BBC PF, 21.5.01) -kg-

(Abteilungen von Provinzregierungen sowie von Ministerien und Kommissionen) sind entsprechende vorgezogene Neubesetzungen mit jüngeren Führungskadern bereits seit dem vergangenen Jahr vorgenommen worden (vgl. diese sowie die zurückliegenden Ausgaben der *Monthly Data*). In diesem Jahr sollen sich die Anstrengungen auf die Rangstufe der Provinzgouverneure und Minister konzentrieren. Die Ablösung des bisherigen Leiters der Kommission für Wirtschaft und Handel Sheng Huaren und der Ministerin für Wissenschaft und Technologie Zhu Lilan zu Anfang dieses Jahres waren bereits Teil der Neubesetzungswelle (vgl. C.a., 2001/3, Ü 12).

Mitte Mai wurde eine erste politische Trainingsklasse mit über vierzig neu berufenen Führungskadern auf Vizeprovinzgouverneurs- bzw. Vizeministerebene eröffnet, von denen der Jüngste erst 41 Jahre alt ist. Insgesamt soll die Organisationsabteilung des ZK der Partei 150 Personen ausgewählt haben, die in den nächsten Monaten jeweils an mehrwöchigen politischen Schulungen teilnehmen sollen, um sich für ihre Aufgaben als Mitglieder der vierten Führungsgeneration vorzubereiten. (*Ming Pao*, 26., 28.5.01, nach FBIS, 26., 28.5.01) -hol-

Innenpolitik

10 Umfängliche Neubesetzungen von Führungsämtern der Regierung und Partei

Im Vorgriff auf den XVI. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 werden derzeit zahlreiche Führungsämter in der Provinz- und Ministerialverwaltung umbesetzt. Ziel ist eine signifikante Verjüngung der Mitglieder der nachfolgenden Führungsgeneration.

Gemäß einer Entscheidung der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh sollen bis zum Ende dieses Jahres Provinzgouverneure und Minister, die ein Alter zwischen 62 und 65 Jahren erreicht haben, in den Ruhestand treten, um die Ämter für jüngere Kandidaten freizumachen. Ein Austreten von Funktionären vor Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren wird als notwendig erachtet, um einen reibungslosen Übergang von der derzeit dritten auf die vierte Führungsgeneration zu erreichen. Obwohl der Turnus der gegenwärtigen Regierungsmannschaft, die zu einem großen Teil im Frühjahr 1998 eingesetzt worden war, regulär erst im Frühjahr 2003 auslief, sollen fällige Neubesetzungen nun vorgezogen werden. Dies soll den nachfolgenden jüngeren Amtsinhabern ermöglichen, gemäß der üblichen parallelen Karriereleiter in Partei und Regierung im Oktober 2002 in das dann neu zu konstituierende Zentralkomitee der Partei gewählt zu werden. Ausnahmeregelungen gelten für das Außenministerium, das Ministerium für öffentliche Sicherheit und das Ministerium für Staatssicherheit.

Auf den untergeordneten Rangstufen der Vizeprovinzgouverneure und Vizeminister sowie der Abteilungsleiter

11 Pläne für Kaderschulung in den Jahren 2001-2005

Im Rahmen der Ausarbeitung des Zehnten Fünfjahresplans hat das Zentralkomitee der KPCh Mitte Mai ein Rundschreiben vorgelegt, in dem die „Pläne zur landesweiten Ausbildung und Schulung von Kadern für die Jahre 2001-2005“ vorgestellt wurden.

In entsprechenden öffentlichen Stellungnahmen legten hochrangige Parteiführer, darunter der Generalsekretär der Partei und Staatspräsident Jiang Zemin, sein designierter Nachfolger Hu Jintao sowie der Leiter der Organisationsabteilung des ZK der Partei, Zeng Qinghong, die große Bedeutung der Pläne dar. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung, der weltwirtschaftlichen Integration und der immer komplexeren weltpolitischen Lage, aber auch angesichts des bevorstehenden Generationenwechsels in der politischen Führung Chinas, sei die Heranbildung po-